



## Kurzprotokoll der 54. Sitzung

### **Ausschuss für Kultur und Medien**

Berlin, den 10. April 2024, 14:30 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal 4.400

Vorsitz: Katrin Budde, MdB

## Tagesordnung

### **Tagesordnungspunkt 1**

**Seite 5**

Antiisraelische und antisemitische Vorfälle bei der  
Berlinale

#### **Mariette Rissenbeek**

Internationale Filmfestspiele, ehemalige Geschäfts-  
führerin

#### **Tricia Tuttle**

Internationale Filmfestspiele, Intendantin

Für die Bundesregierung:

#### **Staatsministerin Claudia Roth**

Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und  
Medien



**Tagesordnungspunkt 2**

**Seite 17**

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU

**zu der Vereinbarten Debatte  
Historische Verantwortung übernehmen - Jüdisches  
Leben in Deutschland schützen**

**BT-Drucksache 20/9145**

**Federführend:**

Ausschuss für Inneres und Heimat

**Mitberatend:**

Auswärtiger Ausschuss

Rechtsausschuss

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschuss für Kultur und Medien

Haushaltsausschuss

**Berichterstatter/in:**

Abg. Helge Lindh [SPD]

Abg. Gitta Connemann [CDU/CSU]

Abg. Marlene Schönberger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Thomas Hacker [FDP]

Abg. Dr. Götz Frömming [AfD]

Abg. Jan Korte [Die Linke]

**Mitberichterstatter/in:**

Abg. Katrin Budde [SPD]

**Tagesordnungspunkt 3**

**Seite 17**

**Mitteilung der Kommission an das Europäische  
Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts-  
und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen  
über die Verteidigung der Demokratie**

**KOM(2023)630 endg.; Ratsdok.-Nr. 16935/23**

**Federführend:**

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

**Mitberatend:**

Ausschuss für Inneres und Heimat

Rechtsausschuss

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschuss für Digitales

**Berichterstatter/in:**

Abg. Helge Lindh [SPD]

Abg. Marco Wanderwitz [CDU/CSU]

Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Thomas Hacker [FDP]

Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]

Abg. Jan Korte [Die Linke]



**Tagesordnungspunkt 4**

**Seite 17**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafbuches zur Bekämpfung von Antisemitismus, Terror, Hass und Hetze**

**BT-Drucksache 20/9310**

**Federführend:**

Rechtsausschuss

**Mitberatend:**

Auswärtiger Ausschuss

Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschuss für Digitales

**Berichterstatter/in:**

Abg. Helge Lindh [SPD]

Abg. Ansgar Heveling [CDU/CSU]

Abg. Marlene Schönberger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Abg. Thomas Hacker [FDP]

Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]

Abg. Jan Korte [Die Linke]

**Mitglieder des Ausschusses**

<b>Fraktion</b>	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
SPD	Budde, Katrin Koß, Simona Lindh, Helge Schieder, Marianne Schneider, Daniel Weingarten, Dr. Joe	Kühnert, Kevin Müntefering, Michelle Rabanus, Martin Rohde, Dennis Wegge, Carmen Wiese, Dirk
CDU/CSU	Frieser, Michael Mörseburg, Maximilian Schenderlein, Dr. Christiane Wanderwitz, Marco Widmann-Mauz, Annette	Bär, Dorothee Connemann, Gitta Heveling, Ansgar Klöckner, Julia Krings, Dr. Günter
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Amtsberg, Luise Grundl, Erhard Tesfaiesus, Awet	Fester, Emilia Sacher, Michael Schönberger, Marlene
FDP	Glogowski-Merten, Anikó Hacker, Thomas	Fricke, Otto Tippelt, Nico
AfD	Jongen, Dr. Marc Renner, Martin Erwin	Frömming, Dr. Götz Storch, Beatrix von
Die Linke	Korte, Jan	Sitte, Dr. Petra



## Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende begrüßt, berichtet über den Ablauf der Sitzung und gibt organisatorische Hinweise. Vereinbarungsgemäß finde die Beratung des Tagesordnungspunktes 4 ohne Aussprache statt. Die Tagesordnungspunkte 2 und 3 würden abgesetzt, da die Anforderungen der Voten durch die federführenden Ausschüsse zurückgezogen worden seien.

## Tagesordnungspunkt 1

### Antiisraelische und antisemitische Vorfälle bei der Berlinale

#### Mariette Rissenbeek

Internationale Filmfestspiele, ehemalige Geschäftsführerin

#### Tricia Tuttle

Internationale Filmfestspiele, Intendantin

Für die Bundesregierung:

#### Staatsministerin Claudia Roth

Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)

Die **Vorsitzende** stellt die Gäste vor, informiert über den geplanten Ablauf des Fachgesprächs und gibt technische Hinweise. Sie äußert ihr Bedauern, dass der Regierende Bürgermeister von Berlin Kai Wegner die Einladung zur Sitzung nicht angenommen habe. Schließlich sei das Land Berlin der zweitgrößte Geldgeber der Berlinale. Sodann übergibt sie das Wort für einleitende Worte.

Staatsministerin (StM) **Claudia Roth** (BKM) bezeichnet es als positiv, dass über die Geschehnisse auf der Berlinale und deren Aufarbeitung im Ausschuss gesprochen werde. Auch sie bedauert, dass der Regierende Bürgermeister von Berlin Kai Wegner nicht anwesend ist. Die Fraktion der CDU/CSU habe der Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage zur Berlinale 73 Fragen gestellt (Drucksache 20/10826).

Ihr Haus habe sich bemüht, erschöpfend zu antworten (Drucksache 20/10987).

Passiert sei Folgendes: Im Rahmen der Preisverleihung der Berlinale hätten einzelne Preisträger/-innen ein Ende des Krieges in Israel und Gaza gefordert sowie Kritik am Vorgehen Israels geäußert. Die Kritik sei nicht nur einseitig, sondern auch ohne Empathie gegenüber den israelischen Opfern ausgefallen. Sie seien mit keinem Wort erwähnt worden, auch die Freilassung der Geiseln sei kein Thema gewesen.

Die Berlinale selbst habe bei der Festivaleröffnung und zu Beginn der Preisverleihung ein anderes, differenzierteres Bild gezeichnet. Die Staatsministerin dankt Frau Rissenbeek für ihre damaligen einfühlsamen Worte. Es müsse in der Debatte unterschieden werden zwischen dem, was die Berlinale als Institution sage und dem, was einzelne Gäste der Berlinale sagten. Die persönliche Meinung Einzelner dürfe nicht der Berlinale oder der Bundeskulturpolitik zugerechnet werden.

Sie hätte sich eine direkte Reaktion und Widerspruch der Moderatorin des Abends auf die Äußerungen, insbesondere den Vorwurf des Genozids gegenüber Israel, gewünscht. Es sei gesagt worden, dass Sie persönlich spontan auf die Bühne gehen und intervenieren hätte sollen. Die Staatsministerin fragt rhetorisch, was dies für ein Bild ergeben hätte, und beantwortet die Frage wie folgt: Es wäre das Bild entstanden, dass die Kulturstaatsministerin die freie Meinungsäußerung bei einer internationalen Kulturveranstaltung unterbinde.

Es sei keine Relativierung, wenn man angesichts einer Meinung, die einem persönlich missfalle, sage: Wir leben in einem Rechtsstaat, und das Recht auf freie Meinungsäußerung gilt für jeden und für jede, die oder der sich in Deutschland befindet. Besonders schlimm finde sie, dass die beiden Filmemacher Yuval Abraham und Basel Adra nach ihrem Auftritt bei der Berlinale mit dem Tod bedroht worden seien.

Auf der Internetseite der Berlinale seien Nachrichten illegal veröffentlicht worden.



Die Berlinale hätte diese Posts sofort gelöscht, eine Untersuchung zur Identifizierung der Täter eingeleitet und Strafanzeige gestellt. Das Sicherheitskonzept sei überprüft und verbessert worden. Sie verurteile diese vermeintlich im Namen der Berlinale veröffentlichten antisemitischen Sharepics aufs Schärfste. Die interne Aufarbeitung und die Ermittlungen seien noch nicht abgeschlossen, ihr Haus werde laufend informiert.

Sie habe die Berlinale und die anderen Geschäftsbereiche der Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH (KBB) aufgefordert, alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um eine unautorisierte Nutzung der Social-Media-Kommunikation auszuschließen.

Direkt am Montag nach der Preisverleihung habe sie die Berlinale-Leitung Frau Rissenbeek und Carlo Chatrian zum Gespräch eingeladen, um über die Ereignisse zu sprechen. Für den 11. März habe sie zu einer Sondersitzung des Aufsichtsrats der KBB eingeladen. Frau Rissenbeek habe die Vorkommnisse sehr gründlich aufgearbeitet, dafür danke sie ihr.

Einer der wesentlichen Schlüsse aus der Sondersitzung sei, dass bereits bestehende Absprachen und Vorkehrungen weiterentwickelt und verbessert werden müssten. Das betreffe auch die Ausgestaltung der Eröffnung und der Preisverleihung der Berlinale einschließlich der Moderation. Der Aufsichtsrat habe seine Beschlüsse einstimmig gefasst.

Seit 1. April stehe die Berlinale unter der Leitung von Tricia Tuttle. Sie habe bereits umfangreiche Gedanken zu organisatorischen Verbesserungen erarbeitet. Dass bei der Berlinale nicht alles rund laufe, habe bereits eine Untersuchung zur Governance Struktur gezeigt. Aus diesem Grund sei im vergangenen Jahr die Veränderung von der Doppelspitze zu einem Intendanzmodell mit starkem Team entschieden worden.

Dass sich Jüdinnen und Juden in Deutschland nicht mehr sicher fühlten, müsse alle beschämen. Das Handeln des Rechtsstaats sei mehr denn je

gefragt. Als Kulturpolitikerin stelle sie sich die Frage, wie Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Kulturbereich effektiver bekämpft werden könnten. Dass Handlungsbedarf bestehe, hätten auch die Vorkommnisse bei der documenta 15 gezeigt.

Es müsse darum gehen, Orte für Diskussionen zu schaffen, um aus toxischen Konfrontationen herauszukommen. Dazu sei ihr Haus mit Kultureinrichtungen im Gespräch. Es seien bereits dreimal Vertreter/-innen von über 100 durch den Bund geförderten Kultureinrichtungen eingeladen worden, um über kuratorische Verantwortung, Codes of Conduct et cetera zu diskutieren. Die Gespräche zeigten, dass die Einrichtungen sehr aktiv seien (Schulungen, Panels, Talks, kuratorische Initiativen, Leitlinien, Codes of Conduct, Awareness-Teams et cetera).

Vieles sei erreicht worden. Ihr Haus habe sich auch für die israelische Teilnahme am Eurovision Song Contest eingesetzt, dafür habe sich der israelische Staatspräsident Isaac Herzog persönlich bedankt. Das Boykottieren jüdischer Künstler/-innen bei internationalen Kulturveranstaltungen sei nicht akzeptabel. Die Einseitigkeit in Teilen der internationalen Kulturszene fordere die Politik und den Kulturbereich heraus.

Ein von ihrem Haus beauftragtes Rechtsgutachten von Prof. Christoph Möllers besage, dass es nach der Verfassung dem Staat grundsätzlich freistehe, die Förderung von Kunst und Kultur mit dem Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus zu verbinden. Zugleich gebe das Gutachten zu bedenken, dass die Kunstfreiheit durch hohe verfassungsrechtliche Schranken geschützt sei. Rechtssichere und verfassungskonforme Regelungen zu erarbeiten, sei kein einfaches Unterfangen und bedürfe intensiver Diskussionen.

Politisch sei von Bedeutung, dass ihr Haus sich mit allen Kulturministern und -ministerinnen der Länder und mit den kommunalen Spitzenverbänden in vertrauensvoller Zusammenarbeit auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt habe.



Im kulturpolitischen Spitzengespräch vom 13. März sei die Erklärung „Freiheit und Respekt in Kunst und Kultur – Strategien gegen antisemitische, rassistische und andere menschenverachtende Inhalte im öffentlich geförderten Kulturbetrieb“ verabschiedet worden. Die Staatsministerin zitiert wörtlich aus der Erklärung. Der Bund und alle Länder hätten sich darauf verständigt, die Förderbedingungen rechtssicher zu präzisieren, die Sensibilisierung bei Kulturverwaltungen und staatlich geförderten Kultureinrichtungen sicherzustellen und die Eigenverantwortung zu stärken.

Man stehe vor der großen Herausforderung, weitere Meinungs- und Kunstfreiheit zu garantieren und dadurch auch Sichtweisen zu Wort kommen zu lassen, die man nicht teile. Gleichzeitig müsse man den eigenen Standpunkt unmissverständlich deutlich machen. An der Solidarität mit Israel und der konsequenten Ablehnung von Antisemitismus dürfe es keinen Zweifel geben.

**Mariette Rissenbeek** (Internationale Filmfestspiele, ehemalige Geschäftsführerin) teilt eingangs mit, dass sie und ihre Festival-Kolleginnen und -Kollegen die Berichterstattung über die Berlinale Preisverleihung erschüttert hätte und für sie schwer nachvollziehbar sei. Zwar habe sie den Abend der Preisverleihung als einseitig erlebt. Sehr viele Personen hätten auf den Konflikt im Nahen Osten hingewiesen und sich für einen Waffenstillstand in Gaza ausgesprochen. Dabei sei vor allem die Sorge um die Bevölkerung in Gaza deutlich geworden. Sie habe jedoch den Eindruck gehabt, die Äußerungen seien nicht direkt gegen Israel gerichtet gewesen.

Seit dem 7. Oktober und der darauffolgenden polarisierenden Debatte hätten sich die Verantwortlichen der Berlinale Gedanken gemacht, wie das Festival als offener Dialograum gestaltet werden könne. Sehr früh sei die Aufforderungen an sie herangetragen worden, eine Position zu beziehen. Ihr sei klar gewesen, dass die Berlinale nicht die eine oder die andere Seite unterstützen könne und den Dialograum offenhalten müsse.

Die Berlinale habe sich früh unter anderen durch Shai Hoffmann beraten lassen, da klar gewesen

sei, dass die jüdische Perspektive einbezogen werden müsse. Hoffmanns Dialogformat Tiny House sei ein Angebot an die Berlinale-Besucher gewesen, durch die Begegnung mit einem Juden und einem Palästinenser über den Nahostkonflikt ins Gespräch zu kommen. Drei Tage lang sei das Tiny House von 9:00 bis 17:00 Uhr gefüllt gewesen.

Zudem habe es ein Panel mit israelischen, palästinensischen und georgischen Filmschaffenden gegeben, bei dem über das Filmschaffen in Krisenzeiten gesprochen worden sei. Die internationale Perspektive sei für ein internationales Filmfestival sehr wichtig. Das Panel sei ohne Vorkommnisse sehr konstruktiv verlaufen.

Es habe für die Berlinale ein Sicherheitskonzept mit Handlungsanweisungen für Störfälle gegeben. Für die Moderatorinnen und Moderatoren sei ein Workshop organisiert worden, der sie auf schwierige Situationen vorbereiten und mögliche Lösungen aufzeigen sollte. Alle Mitarbeiter/-innen mit direktem Kontakt zu Publikum und Filmschaffenden hätten an einem Deeskalationstraining teilgenommen. Die Sensibilität der Lage sei bekannt gewesen, ebenso die Vorfälle im Hamburger Bahnhof in Berlin.

Die Berlinale sei eine zehntägige Veranstaltung mit rund 1.000 Filmvorführungen und Dutzenden weiterer Veranstaltungen. Es sei eine große Aufgabe gewesen, diese möglichst ohne Eskalationen und Polarisierungen über die Bühne zu bringen. Es sei bedauerlich, dass die einseitigen Äußerungen von Gewinner/-innen und Jurymitgliedern am Ende der Berlinale nun so im Vordergrund stünden und alles andere überschatteten. An dem betreffenden Abend sei nicht nur über Gaza gesprochen worden, sondern auch etwa über die Lage in Senegal, Argentinien und der Ukraine. Frau Rissenbeek äußert ihr Bedauern darüber, dass die Diversität und die vielfältigen Stimmen, die das Festival präsentiert habe, am Ende reduziert worden seien.

Zudem bedauere sie sehr, dass dadurch im Ausland der Eindruck entstanden sein könnte, in Deutschland werde mit dem Thema nicht angemessen umgegangen.



Es sei die Frage aufgekommen, ob Deutschland künftig Zensur ausüben werde. Sie hoffe, dass das nicht der Fall sein werde.

Frau Rissenbeek ergänzt etwas Persönliches: Ihre Großeltern hätten seinerzeit in den Niederlanden jüdische Menschen versteckt. Es sei für sie persönlich sehr schlimm, wie die Preisverleihung der Berlinale aufgenommen worden sei und wie unterstellt werde, dass Antisemitismus zugelassen worden sei. Das habe man auf keinen Fall gewollt. Die Berlinale habe ein Leitbild und einen Code of Conduct. In beiden Dokumenten stehe, dass sich die Berlinale gegen Antisemitismus und gegen Diskriminierung ausspreche. Dies sage sie für das gesamte Team.

**Tricia Tuttle** (Internationale Filmfestspiele, Intendantin) betont, dass die Berlinale sich gegen Antisemitismus, Rassismus, Homophobie und Misogynie ausspreche. Sie werde über das reden, was sie im Februar als Beobachterin wahrgenommen habe und auch über die Zukunft sprechen.

Es sei ein Privileg und eine besondere Verantwortung, Intendantin der Berlinale zu sein. Die Berlinale sei eine der großen Kulturveranstaltungen und -institutionen Deutschlands sowie eine der großen Film-Institutionen der Welt. Das Festival habe in den letzten Jahren eine bedeutende Rolle in der globalen Filmindustrie gespielt. Frau Tuttle nennt einige Zahlen, die den Umfang und die Komplexität des Festivals aufzeigen.

Das Ziel sei, dass die Berlinale weiterhin vital bleibe, national und international. Die Kultur des Festivals sei ebenfalls wichtig, ebenso die Fragen, die heute diskutiert würden. In Israel und Gaza gebe es unermessliches Leid, der Krieg habe wachsenden Antisemitismus und antimuslimischen Hass hervorgebracht. Auch in anderen kulturellen und politischen Räumen überall auf der Welt komme es zu Kontroversen. Die Menschen hätten Angst, fühlten sich hilflos und versuchten, ihre Stimme zu erheben, um etwas zu verändern.

Viele Menschen außerhalb Deutschlands fänden es schwierig, die Komplexität der Debatte

hierzulande zu verstehen. Während der letzten Wochen sei es ihr gelungen, mehr Verständnis dafür zu entwickeln, wie sehr man den Holocaust mitdenken müsse, wenn es um die Frage des Antisemitismus in Deutschland gehe.

Der Nahostkonflikt sei sehr polarisierend. Bei der Berlinale müsse man sehr aufmerksam sein und Antisemitismus ganz klar zurückweisen. Sie habe ein Team, dem es sehr am Herzen liege, ein offenes, inklusives Umfeld zu schaffen. Sie werde eine neue Leitungsstruktur aufbauen, sodass mehr Kapazitäten für Reflexion, Dialog, zukunftsgerichtete Planung und Kommunikation geschaffen würden, um agieren zu können statt lediglich zu reagieren.

Die Staatsministerin und die Findungskommission seien sich nicht nur ihrer, Frau Tuttle, Erfolge der Vergangenheit auch beim London Film Festival bewusst gewesen. Sie seien sich auch bewusst gewesen, dass es ihr sehr am Herzen liege, ein inklusives Umfeld und ein öffentliches Festival zu schaffen, bei dem sich jeder willkommen fühle. Sie und ihr Team nähmen Fragen der Vielfalt und der Inklusion sehr ernst.

Das gelte ebenso für die Kommunikation mit dem Publikum und beinhalte auch die Frage, wie Antisemitismus, Rassismus, Misogynie und Homophobie zu definieren seien. Diese Fragen hörten nie auf. Sie persönlich habe bereits Menschen ausgeschlossen, ohne es zu bemerken. Es müsse fortwährend Arbeit in Bezug auf diese Themen geleistet werden.

Sie empfinde sehr viel Empathie für Menschen, die sich bei der Preisverleihung nicht willkommen und gesehen gefühlt hätten. Das Kino sei eine Kunstform, die gegenseitiges Verständnis und eine tiefe Kommunikation ermögliche. Durch einen Film könne ein Publikum andere Leben kennenlernen, die Welt mit neuen Augen und aus einer anderen Perspektive sehen. Dies führe zu mehr Empathie. Kinofilme könnten die Art und Weise verändern, wie Menschen die Welt sehen.

Die Filmwelt habe in den letzten Jahren viele





Herausforderungen meistern müssen (Stichworte Finanzierung, Inklusion). Es gehe auch um die Frage, wie man in einer Welt, die immer wütender und enger werde und in der es immer mehr irreführende Informationen gebe, weiterhin Räume für Dialog bewahren könne.

Es bestehe die Gefahr, dass Menschen verlernten, komplex miteinander zu kommunizieren. Ein Filmfestival könne da hilfreich sein. Bei der Berlinale dürfe Hass nicht toleriert werden, aber gleichzeitig müsse man begreifen, dass es vielfältige Perspektiven gebe. Als Filmfestival müsse man zunächst den Raum für Künstlerinnen und Künstler bewahren, auch wenn das herausfordernd sei. Die Aufmerksamkeit müsse auf die Filme selbst gelenkt werden. Denn Filme könnten Komplexeres oft besser ausdrücken als dies in Diskussionen möglich sei.

Die **Vorsitzende** leitet in die Fragerunde über.

Abg. **Dorothee Bär** (CDU/CSU) bemerkt eingangs, dass das Vertrauen der jüdischen Community nach dem Documenta-Skandal und dem Berlinale-Eklat tief erschüttert sei. Was passiert sei, sei einfach zu viel, habe die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, treffend formuliert. Mit welchen Akteuren des jüdischen Lebens sich die Staatsministerin nach den Vorfällen auf der Berlinale persönlich auf welche Weise ausgetauscht habe, möchte Frau Abg. Bär wissen.

Eine zweite Frage bezieht sich auf die Codes of Conduct und die Eigenverantwortung der Einrichtungen. Auch die Berlinale habe einen Verhaltenskodex. Gleichwohl sei es zu den Vorfällen gekommen. Welche Konsequenzen sie daraus ziehe, möge die Staatsministerin aufzeigen.

Abg. Bär berichtet, was ihr zugetragen worden sei: Die Moderatorin der Preisverleihung sei zwar gebrieft gewesen und habe Moderationskarten für ein Vorgehen bei Zwischenfällen gehabt, diese habe sie jedoch angeblich bewusst nicht eingesetzt. Frau Rissenbeek solle dazu Stellung nehmen. Zudem interessiert, warum die

Festivalleitung entschieden habe, bei der Berlinale nicht auf das Schicksal der Hamas-Geisel David Cunio einzugehen, der 2014 mit einem Film auf der Berlinale vertreten gewesen sei. Es sei mehrfach die Bitte um Solidarität an die Berlinale herangetragen worden. In der Vergangenheit sei schließlich häufiger an Einzelschicksale erinnert worden.

Abg. **Helge Lindh** (SPD) begründet den Verzicht auf ein Bekenntnis seinerseits damit, dass die Abgabe von Bekenntnissen eher der Selbstvergewisserung diene und der Blickwinkel der betroffenen Jüdinnen und Juden fehle. Statt der Projektion der eigenen Vorstellungen auf den Nahostkonflikt und das Thema Antisemitismus sollten die Erfahrungen von Jüdinnen und Juden gehört werden. Konstruktive Diskussionen seien wichtig.

Man müsse sich klarmachen, dass die Globalisierung der Kulturszene und damit auch gewisse Blickwinkel auf Antisemitismus eine Realität seien, die für die Berlinale und die documenta 15 eine erhebliche Rolle gespielt hätten. Es liege ein größerer Akzent auf teilweise aktivistischen und politisch zum Teil sehr holzschnittartigen Aktionen im kulturellen Raum und auf politischen Einlassungen, die gar nicht unmittelbar unter Kunstfreiheit fielen, sondern eher politische Statements von Kultur- und Filmschaffenden seien.

Man müsse sich damit befassen, dass politisch informierte und hierzulande sozialisierte Menschen in Kenntnis der deutschen Geschichte inklusive der historischen Boykotts gegen Jüdinnen und Juden heutzutage zu Boykotts aufrufen. Das „Nie wieder“ sei offensichtlich nicht Konsens und die Schlussfolgerung aus der Shoah sei im Kulturbereich nicht einheitlich. Das müsse massiv beunruhigen.

Ob es die Möglichkeit gebe, bei einem internationalen Festival die besondere Sensibilität Deutschlands gegenüber Antisemitismus deutlich zu machen, soll Frau Tuttle sagen. Frau Rissenbeek möge die Krisenreaktionsszenarien insbesondere mit Blick auf die Moderation weiter ausführen.



Abg. **Dr. Götz Frömming** (AfD) weist darauf hin, dass es bereits vor der Berlinale antisemitische Vorfälle gegeben habe und zählt einige Beispiele auf. Die betroffenen Einrichtungen würden mit öffentlichen Geldern gefördert, die Veranstaltungen hätten unter der Schirmherrschaft der BKM oder der des Regierenden Bürgermeisters von Berlin gestanden. Man müsse sich fragen, ob es sich tatsächlich um Einzelfälle handle. Abg. Dr. Frömming fragt, ob es in Deutschland, das politisch nach links gerückt, postkolonial und vielfältig sei, wieder Platz für Judenhass gebe und warum nicht entschiedener dagegen vorgegangen werde. Er mutmaßt, dass dies an denjenigen liege, die ihn ausübten. Sie könnten als links, woke, muslimisch und migrantisch gelesen werden.

In einem Post auf einem Kanal der Berlinale sei ein Zusammenhang zwischen dem Antiterrorkampf Israels im Gazastreifen und Auschwitz hergestellt worden. Frau Rissenbeek haben gesagt, sie sei erschüttert über die Berichterstattung gewesen. Einer der Preisträger habe von einem Genozid, also einem Völkermord Israels, gesprochen. Ob sie diese Aussage wenigstens im Nachhinein ebenfalls erschüttert habe, möge die ehemalige Berlinale-Geschäftsführerin beantworten.

In Richtung der Staatsministerin sagt Abg. Dr. Frömming, dass alle die Situation kennen, dass man automatisch mitklatsche, wenn viele Menschen klatschten. Frau Roth spreche von der Meinungsfreiheit und dass sie am Abend der Preisverleihung nicht habe widersprechen wollen. In der öffentlichen BKM-Pressemitteilung sei das Festival insgesamt gelobt worden, weil es ein politisches Festival und vielfältig sei. Ob ihre Reaktion auf die Vorfälle nicht etwas spät erfolgt sei, möge die Staatsministerin sagen. Schließlich gehöre zur freien Meinungsäußerung, dass man auch den Meinungen anderer widersprechen könne.

Abg. **Anikó Glogowski-Merten** (FDP) beginnt mit der Bemerkung, dass im Ausschuss bereits über den Antisemitismus-Skandal auf der documenta 15 gesprochen worden sei und diesbezüglich gleichwohl noch nicht alles gesagt und die Aufarbeitung noch nicht konsequent erfolgt sei.

Nun sei es auf der Berlinale trotz Leitbild erneut zu einem Vorfall gekommen. Man müsse sich fragen, wie dies habe passieren können. Auch in der Woche vor der Preisverleihung habe der Ausschuss darüber gesprochen, was kulturpolitisch getan werden könne, um Antisemitismus zu verhindern und jüdische Kultur zu schützen. Dennoch sei es zu dem Vorfall bei der Preisverleihung gekommen und sei der Social-Media-Post versandt worden. Die (medialen) Reaktionen fielen so extrem aus, weil die Berlinale international von herausragender Bedeutung sei.

Es sei viel über das Problem geredet worden, doch nun müsse man Konsequenzen ziehen. Es werde in der Kultur hinterfragt, ob man miteinander in den Diskurs gehen könne. Das gelte es zu durchbrechen. Man müsse wieder zu Dialogforen kommen. Erstrebenswert sei eine Situation, in der die Kunstfreiheit wieder gelebt werden könne und zugleich in der Verantwortung stehe. Kunst und Kultur seien keine Insel.

Welche Mechanismen angedacht seien, um das Sicherheitsgefühl jüdischer Menschen und der Berlinale-Besucher/-innen zu stärken und ihre tatsächliche Sicherheit zu gewährleisten, soll Frau Tuttle erläutern. Ob es konkrete Ideen gebe, um Safe Spaces für kritische Debatten zu etablieren, die einen offenen Austausch ermöglichten, mögen alle beantworten.

Abg. **Jan Korte** (Die Linke) äußert seine Verwunderung über Kulturschaffende, die sich nie politisch äußerten, in den Monaten vor und auf der Berlinale jedoch ausgerechnet beim Thema Israel meinten, sich äußern zu müssen. Darüber müsse man grundsätzlich nachdenken.

Beim Blick auf die auf der Berlinale gehaltenen Reden solle man die Kirche im Dorf lassen. Sie seien zwar erschreckend einseitig und empathielos gegenüber den Opfern in Israel gewesen. Aber eine Differenzierung müsse möglich sein. Man müsse sich den Inhalt des auf der Berlinale ausgezeichneten betreffenden Dokumentarfilms anschauen und vergegenwärtigen, wer den Film gedreht habe.



Dann könne man unschwer erkennen, dass es eine gewisse emotionale Verwobenheit in die Region und in diesen Konflikt gebe. Das nicht zu erwähnen, sei schäbig und diene nicht der Aufklärung.

Auch er sei der Meinung, dass widersprochen hätte werden müssen. Das lasse sich im Nachhinein immer leicht fordern. Es sei die Frage, wie in diesem Zusammenhang widersprochen hätte werden können. In Richtung der Fraktion der CDU/CSU sagt Abg. Korte, dass dort eine Obsession im Hinblick auf die Staatsministerin vorherrsche. Er sehe Züge von einer Instrumentalisierung der Debatte. Er wolle in aller Klarheit sagen, dass er die Staatsministerin für integer halte. Gleichwohl finde er, dass in diesem Fall politisch ungeschickt gehandelt worden sei.

Abg. **Erhard Grundl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bemerkt, dass Antisemitismus die Fratze der Barbarei sei. Dabei handele es sich nicht um ein importiertes Phänomen, sondern es habe eine lange Tradition in Deutschland. Antisemitismus sei eine menschenverachtende Geisteshaltung, die erlernt und tradiert werde.

So gesehen liege die größte Last beim Thema Antisemitismus im Raum bei der Kollegin Abg. Bär, die als stellvertretende Parteivorsitzende der CSU Mitverantwortung dafür trage, dass sich ihre Partei in Bayern nur mithilfe eines temporär nicht praktizierenden Antisemiten namens Hubert Aiwanger (Stellvertreter des Bayerischen Ministerpräsidenten, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie; Freie Wähler) an der Macht halten könne. Abg. Grundl äußert ebenfalls sein Bedauern, dass der Regierende Bürgermeister von Berlin und CDU-Politiker Wegner zwar das Rampenlicht der Berlinale gesucht habe, doch nicht mit dem Ausschuss sprechen wolle. Ob sie schon die Gelegenheit gehabt habe, mit Herrn Wegner zu sprechen, soll Frau Tuttle sagen.

Abg. **Marlene Schönberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont ebenfalls, dass Antisemitismus eine tief verwurzelte Tradition habe, die auch nach 1945 eine blutige Spur des Terrors ziehe. Wer das Große und Ganze nicht sehen wolle, der

wolle wohl auch den Antisemitismus in Teilen der Gesellschaft nicht bekämpfen. Kulturelle und akademische Eliten trügen beim Kampf gegen den Antisemitismus eine besondere Verantwortung, da dieser in deren Stuben vorgedacht werde.

Es sei offensichtlich, dass die aktuellen Zustände für Jüdinnen und Juden eine existenzielle Bedrohung bedeuteten und alles getan werden müsse, sie zu beenden. Jahrzehntlang sei zu wenig passiert. Kulturstaatsministerin Roth sei die erste BKM, die erste Schritte in die Wege geleitet habe. Zudem sei beim Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung ein Kulturfonds eingerichtet worden, mit dem jüdische Kunst- und Kulturschaffende unterstützt würden.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort für die Antworten.

StM **Claudia Roth** (BKM) bekräftigt ihr Bedauern, dass der Regierende Bürgermeister von Berlin nicht anwesend sei. Man arbeite eng zusammen und habe sich zur Berlinale im Vorfeld und nach Abschluss sehr eng abgestimmt und im Aufsichtsrat gemeinsam agiert. Sie verweist erneut auf die Erklärung, die beim kulturpolitischen Spitzengespräch von Bund, Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden einstimmig gefasst worden sei.

Die Kulturstaatsministerin bringt ihre Betroffenheit mit Blick auf die Einsamkeit, den Schmerz und die Angst von jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zum Ausdruck. Selbstverständlich habe sie sehr viele Gespräche vor und nach der Berlinale geführt. Mit Charlotte Knobloch stehe sie seit Jahren in engem und vertrautem Kontakt. Das werde sich auch nicht ändern. Gleichwohl teile sie nicht Frau Knoblochs Auffassung. Sie habe von ihr als Staatsministerin erwartet, dass sie bei der Preisverleihung aufstehen und die Besucher/-innen auffordern hätte sollen, den Saal zu verlassen. Es gehe nicht, als Repräsentantin des Staates auf diese Art und Weise einzugreifen.

Umso bedauerlicher sei es gewesen, dass das, was mit über 60 Moderatoren und Moderatorinnen verabredet gewesen sei, an dem Abend nicht



funktioniert habe. Ihr sei nicht klar gewesen, dass für die Eröffnung und für die Preisverleihung nicht die Berlinale-Leitung die Verantwortung gehabt hätte, sondern das ZDF. Und dass die Moderatorinnen und Moderatoren nicht von der Berlinale, sondern vom ZDF gestellt worden seien. Das Problem müsse angegangen werden, sei bei der Sitzung des Aufsichtsrats der KBB gesagt worden.

Die Staatsministerin berichtet von zwei aktuellen Reisen zu Orten von Nazi-Verbrechen in Frankreich und Italien. Es stimme nicht, dass es bei den zum Teil jüdischen Gesprächspartnerinnen und -partnern vor Ort kein Vertrauen mehr gebe.

Es habe bei der Berlinale umfassende Vorbereitungen unmittelbar nach dem 7. Oktober gegeben, da die Sorge bestanden habe, dass die israelischen Filmemacher nicht mehr hätten präsentieren können, etwa, wenn Filmvorführungen boykottiert oder gestört würden. Es habe ausgiebige Konzepte, auch zur Sicherheit, gegeben. Sie selbst habe im Haus der Berliner Festspiele bei der Aufführung des Films von Amos Gitai erlebt, dass die Maßnahmen funktioniert hätten.

Am Abend der Preisverleihung habe es nicht funktioniert, was auch mit den Verantwortlichkeiten zu tun gehabt hätte. Die Moderation hätte widersprechen müssen, als von einem Genozid gesprochen worden sei. Am schwersten zu ertragen sei der Filmemacher Ben Russell gewesen, der sich ganz offen an seine „comrades“ gewandt habe, an seine Genossen von der Hamas. Aus ihrer Sicht hätte die Moderation dazu etwas sagen und widersprechen müssen. Da dies nicht geschehen sei, werde die Berlinale Schlussfolgerungen daraus ziehen.

Die BKM-Pressemitteilung am Samstag sei eine Gratulation gegenüber den Preisträgerinnen und Preisträgern gewesen. Am Sonntag habe sie um 14:00 Uhr von der Berlinale von den antisemitischen Sharepics erfahren. Diese seien sofort gelöscht worden, es sei eine Untersuchung eingeleitet und eine Strafanzeige gestellt worden. Am Montag habe es sehr früh eine Erklärung der BKM zu den Vorfällen am Samstagabend gegeben.

**Mariette Rissenbeek** (Internationale Filmfestspiele, ehemalige Geschäftsführerin) führt aus, dass bei den Briefings der Moderatorinnen und Moderatoren eindeutig formuliert worden sei, dass alles, was das Existenzrecht Israels in Frage stelle, nicht zugelassen werden dürfe und dass dann eingeschritten werden solle. Die Moderatorinnen und Moderatoren der Eröffnung und der Abschlussveranstaltung hätten nicht in einem direkten Arbeitsverhältnis mit der Berlinale gestanden.

Am Tag vor der Eröffnung der Berlinale habe es mit dem ZDF und der Moderation ein Gespräch gegeben, in dem auf die roten Linien hingewiesen worden sei. Man sei sich einig gewesen. Von Moderationskarten wisse sie nichts.

Den Fall der Hamas-Geisel David Cunio hätten die Berlinale-Verantwortlichen öfter besprochen. Man habe nach dem richtigen Moment gesucht und sei zu zögerlich vorgegangen. Im Nachhinein betrachtet bedauere sie sehr, dass sich die Berlinale nicht früher deutlich für die Freilassung von David Cunio ausgesprochen habe. Sie habe erst am Abend der Preisverleihung die Hamas aufgefordert, alle Geiseln freizulassen.

Zwei Wochen nach dem Festival sei sie zu einer Vorführung des Films *Youth* (2013) eingeladen gewesen, in dem David Cunio mitspiele. Der Film sei seinerzeit bei der Berlinale im Panorama gelaufen. Sie stehe mit Aktivisten und Aktivistinnen in Kontakt, die sich um die Freilassung der Geiseln bemühten.

Frau Rissenbeek erwähnt, dass sie im Herbst für die Berlinale in Haifa gewesen und am 6. Oktober von dort nach Berlin zurückgekommen sei. Viele Mitglieder der Jury für die israelischen Filme seien israelische Filmschaffende, mit zweien sei sie weiter in Kontakt. Der Schwager einer dieser Personen sei ebenfalls eine Geisel. Daher falle es schwer, sich für die Freilassung einzelner Geiseln auszusprechen, da man viele andere Betroffene nicht mitbedenke.

Frau Rissenbeek kommt erneut auf die Vorgaben



für die Moderation zu sprechen. Es habe rote Linien gegeben, etwa die Infragestellung des Existenzrechts Israels und antisemitische Formulierungen. Die meisten Filmschaffenden seien im Vorfeld sensibilisiert gewesen und hätten sich im Großen und Ganzen auch daran gehalten.

Die Berlinale bestehe aus über 1.000 Veranstaltungen, man könne nicht jedes Wort auf jeder Veranstaltung kontrollieren. Es habe vieles ausbalanciert werden müssen: Zensur, die Vermeidung von Antisemitismus, die Einforderung von Empathie für Israel. Aus ihrer Sicht hätten die Berlinale-Verantwortlichen alles dafür getan, diese Balance zu halten.

Das Wort Genozid habe sie ebenfalls erschüttert. Ben Russell habe keine gute Figur abgegeben. Sein Film habe keinen Nahostbezug gehabt. Er habe keinen Grund gehabt, das betreffende Statement zu äußern. Sein Palästina-Sertuch hätte erahnen lassen können, dass er offensichtlich das Bedürfnis gehabt habe, etwas zu dem Thema zu sagen. Für eine Moderatorin auf der Bühne sei es wahrscheinlich schwierig, den richtigen Moment zu ergreifen.

Sodann kommt Frau Rissenbeek auf die israel-feindliche Äußerung auf dem Berlinale-Instagram-Kanal zu sprechen. Der Kanal sei gehackt worden. Die Nachricht sei nicht von der Berlinale gewesen. Man habe Strafanzeige gegen Unbekannt gestellt, die Ermittlungen liefen noch.

**Tricia Tuttle** (Internationale Filmfestspiele, Intendantin) sagt, es seien ihr Fragen zum Thema Safe Spaces für jüdische und israelische Filmemacher/-innen sowie zur Repräsentation verschiedener Stimmen gestellt worden. Es sei bedeutend, den Dialog fortzusetzen. Alle lernten derzeit fortwährend. Festival-Verantwortliche hätten in den letzten Monaten viel über sensible Inhalte gelernt. Man versuche, Räume zu schaffen, in denen israelische und palästinensische Filmemacher sich äußern könnten. Es sei nie hilfreich, wenn Dialoge eskalierten. Es entstünden Gefahren für Filmemacher/-innen.

Wichtig sei daher, zu deeskalieren, ein Bewusstsein für diese Fragen zu schaffen und vom Dialog zu lernen. Ein Berlinale-Mitarbeiter sei von einem jungen israelischen Filmemacher gefragt worden, ob er noch willkommen sei. Das habe das gesamte Team getroffen. Die Berlinale sei ein internationales Festival, es sei bedeutend, dass alle auf dieser Welt willkommen geheißen und repräsentiert würden.

Die **Vorsitzende** leitet in die zweite Fragenrunde über.

Abg. **Gitta Connemann** (CDU/CSU) widerspricht Herrn Abg. Korte und sagt, dass die Fraktion der CDU/CSU keiner Obsession unterliege. Vielmehr spreche man mit Betroffenen, unter anderem mit Jüdinnen und Juden in Deutschland. Charlotte Knobloch, die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, habe die Entlassung der Staatsministerin angeregt. Frau Knobloch habe gesagt, dass das, was passiert sei, einfach zu viel gewesen sei. Die Staatsministerin möge sagen, wann es ihr zu viel sei und wo ihre Grenze liege.

Frau Abg. Connemann zitiert aus Der Spiegel, in dem die Staatsministerin erklärt habe, sie tue sich schwer mit der Vorstellung, dass eine Vertreterin des Bundes bei einem internationalen Filmfestival interveniere. Das sei ein Zeichen, so Frau Abg. Connemann weiter, das besage: Es kann passieren, was passieren kann. Wann sie intervenieren würde, soll die Staatsministerin sagen.

Man habe es von der Documenta bis zur Berlinale mit einem strukturellen Problem zu tun. Dabei gehe es auch um die Definition von Antisemitismus. Es gebe viele Arten von Antisemitismus, auch israelbezogenen. Es gebe zudem importierten Antisemitismus. Es sei wichtig, dass die von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) formulierte Definition angewandt werde. Daher habe die Fraktion der CDU/CSU in ihrer Kleinen Anfrage (Drucksache 20/10826) gefragt, ob die IHRA-Definition angewandt werde. Die Antwort habe gelautet, dass die Berlinale verschiedene Definitionen berücksichtige. Frau Tuttle möge sagen, wie zukünftig sichergestellt



werde, dass bei der Berlinale die IHRA-Definition zur Anwendung komme.

Eine Frage an die Staatsministerin lautet, wie die BKM bei der Vergabe von Fördermitteln zukünftig sicherstelle, dass die Empfänger die Antisemitismus-Definition der IHRA akzeptierten. Die Antwort der Bunderegierung auf die Kleine Anfrage (Drucksache 20/10987) sei sehr allgemein ausgefallen. Ihre Fraktion wünsche sich jedoch konkrete Antworten.

Auf die Frage nach der Qualifikation der Mitarbeiter/-innen sei mitgeteilt worden, dass diese ausgebildet worden seien. Offenkundig habe das nicht ausgereicht. Wie habe es sonst etwa zum Hacken der Internetseite kommen können, fragt Frau Abg. Connemann. Auf welche Weise sichergestellt werde, dass derartige Vorfälle in der Zukunft verhindert würden, soll Frau Tuttle erklären.

Abg. **Helge Lindh** (SPD) sagt, dass selbstverständlich auch über Herrn Aiwanger gesprochen werden müsse, der den Antisemitismus als Problem von Migrantinnen und Migranten sozusagen externalisiert habe. Der stellvertretende bayerische Ministerpräsident habe damit jenen geholfen, die gerne von den eigenen Dämonen ablenken wollten. Gleichwohl solle auch das progressive, sich als links begreifende Milieu, dem er entstamme, nicht nur auf andere blicken und auch die blinden Flecken bei sich selbst betrachten.

Es müsse alle Anwesenden und die gesamte Kulturszene umtreiben, dass anders als beim Thema Rassismus beim Thema Antisemitismus offensichtlich keine Einhelligkeit herrsche. Die Spaltung könne nicht durch Bekenntnisse oder einzelne Klauseln weggeräumt werden. Über die Asymmetrie müsse verhandelt werden.

Abg. Lindh kommt erneut auf das Thema Erinnerungskultur zu sprechen. Es funktioniere etwas nicht, wenn Menschen, die über die Geschichte der Shoa informiert und hierzulande sozialisiert seien, keine Probleme hätten, die Nachkommen der Opfer des Genozids jetzt als Täter eines Genozids zu bezeichnen.

Die Staatsministerin soll mit Blick auf das von ihr erwähnte kulturpolitische Spitzengespräch weiter ausführen, wie Förderbedingungen präzisiert würden. Ob es bereits konkrete Schlussfolgerungen aus dem Möllers-Gutachten gebe, möge ebenfalls gesagt werden. Weiterhin interessiert, wie damit umgegangen werden solle, dass in der Kulturszene aus der deutschen Geschichte offensichtlich sehr unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen würden.

Eine Frage an Frau Tuttle zielt auf das Thema Safe Spaces, die auch Abg. Lindh für notwendig erachtet. Gleichwohl glaube er, dass die Gesellschaft und die Kunst ein Unsafe Space sei und kein genereller Safe Space sein könne. Wie man es schaffen könne, die Vielfalt der Perspektiven im unsicheren Raum zu ermöglichen, soll gesagt werden.

Abg. **Dr. Götz Frömming** (AfD) erwidert anfangs auf Bemerkungen aus den Reihen der Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Selbstverständlich gebe es einen Rassismus und einen Antisemitismus der Mitte, keine Partei sei vollkommen frei davon. Darum gehe es an diesem Tag jedoch nicht, sondern es gehe um die eklatanten Vorfälle auf der Berlinale. Er sei über das Schwarze-Peter-Spiel irritiert. Die antisemitischen Posts würden auf anonyme Hacker geschoben. Er wolle wissen, ob es Indizien für einen Hack gebe. Bezüglich der Moderation heiße es auf Seiten der Festivalleitung, man sei nicht zuständig gewesen, sondern das ZDF. Zudem berufe man sich auf die freie Meinungsäußerung der Künstler/-innen, gegen die man nichts machen könne.

Diese Aussagen verwunderten ihn, da die Festivalleitung im Vorfeld der Berlinale ganz offenbar dafür habe sorgen wollen, dass das Festival geschützt sei. Zu diesem Zweck seien AfD-Abgeordnete eingeladen worden. Wie sie dies im Nachhinein beurteile im Hinblick auf das, was im Ausschuss an diesem Tag diskutiert werde, soll Frau Rissenbeek erklären.

Eine weitere Frage geht an Frau Tuttle und zielt auf das Thema Safe Spaces. Aussagen dazu hätten ihn irritiert. Schließlich sollten in seinen Augen das ganze Festival und ganz Deutschland für



Jüdinnen und Juden sowie Israelinnen und Israelis ein Safe Space sein. Ob künftig wieder alle demokratisch legitimierte Abgeordnete eingeladen würden, möchte Abg. Dr. Frömming wissen. Ob sie dafür sorgen werde, dass das Festival sich wieder mehr auf das Künstlerische besinne oder ob unter ihrer Leitung die Politisierung der Berlinale weiter voranschreite, soll ebenfalls gesagt werden.

Abg. **Thomas Hacker** (FDP) bemerkt, dass der 7. Oktober für den Staat Israel, für die Israelis und Israelinnen und alle Jüdinnen und Juden auf der Welt ein sehr einschneidender Tag gewesen sei, weil sich eine vermeintlich geglaubte Sicherheit in Luft aufgelöst habe. Es habe sich gezeigt, dass der Staat Israel angreifbar und eben kein sicherer Ort sei.

Die Bundesrepublik Deutschland habe lange gebraucht, bis jüdisches Leben nach dem Zivilisationsbruch der Shoa hierzulande wieder möglich geworden sei. Charlotte Knobloch habe dies mit ermöglicht.

Wenn im Deutschen Bundestag über Antisemitismus und eine antiisraelische Haltung gesprochen werde, dann gehe es nicht um die Frage „Was war zu viel?“ sondern um die Frage „Tun wir genug, um Fehlentwicklungen zu verhindern?“. Codes of Conducts und Seminare reichten nicht aus. Notwendig sei eine breite, offene Diskussion in der Gesellschaft über die Einstellungen von einigen Künstlerinnen und Künstlern gegenüber dem Staat Israel, gegenüber jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Es sei schwierig, wenn politische Verantwortliche in der Kommunikation zu langsam seien oder falsche Akzente setzten. Nun werde im Rückblick über die angemessene Reaktion diskutiert. Tatsächlich hätte man darüber nachdenken können, aufzustehen und den Saal zu verlassen. Er stimme der Staatsministerin zu, dass es nicht angemessen gewesen wäre, vorzugehen und zu unterbrechen.

Abg. Hacker fragt, wie viel noch passieren müsse, damit die Verantwortlichen endlich mehr täten. Dazu würden auch die Künstler/-innen sowie mutige Festivalleiter/-innen gebraucht.

Er dankt Frau Rissenbeek dafür, dass sie das Leid der Israelis und Israelinnen benannt habe. Leider hätten dies bei der Berlinale zu wenige getan.

Abg. **Jan Korte** (Die Linke) bemerkt, dass man über ein gesamtgesellschaftliches Problem spreche und geht auf den Fall Aiwanger ein. Nachdem der Skandal um Herrn Aiwanger seinerzeit losgetreten worden sei, seien dessen persönliche Umfragergebnisse gestiegen. Das zeige, dass ein gesamtgesellschaftlich verheerendes Problem existiere.

In Richtung der Fraktion der CDU/CSU sagt Abg. Korte, ihm gehe es um die Attitude. Dass es im Kulturbetrieb und insbesondere im liberalen und linken Spektrum eine Aufarbeitung und eine historische Bestandsaufnahme geben müsse, sei unbestritten. Das gleiche wünsche er sich auch von den Konservativen. Alle sollten so verfahren, denn Probleme existierten im gesamten politischen Spektrum. Es handele sich um ein strukturelles Problem.

Abg. **Michael Sacher** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) befürwortet den Weg des Dialogs und des Blicks zu allen Seiten. Dieser sei besser als der Versuch, aus den Vorfällen politischen Gewinn erzielen zu wollen.

Man solle nicht nur in die Vergangenheit, sondern auch nach vorne schauen. Die Staatsministerin möge daher erläutern, wie der Austausch mit den Bundeskultureinrichtungen zum Thema Antisemitismus künftig stattfinden solle.

Er könne sich Frau Rissenbeeks Wahrnehmung der Veranstaltung, bei der er anwesend gewesen sei, anschließen. Sie habe mit ihrem Wortbeitrag, der für die Haltung der Berlinale als Ganzes stehe, den Sachverhalt gut eingeordnet. Abg. Sacher dankt Frau Rissenbeek dafür. Er zitiert den Regisseur und Drehbuchautor Jonathan Glazer (Zone of Interest), der die Menschenverachtung der Nationalsozialisten thematisiert habe.

Frau Tuttle soll berichten, wie die aktuelle Debatte über Antisemitismus international



wahrgenommen werde. Abg. Sacher betont, dass internationale Teilnehmende der Berlinale akzeptieren müssten, dass die deutsche Geschichte eine besondere sei, und dass man sich in Deutschland nicht so benehmen könne, wie in anderen Ländern. Frau Tuttle möge weiterhin vertiefen, wie sie das Festival inklusiv gestalten werde.

Die **Vorsitzende** erteilt das Wort für die Antworten.

StM **Claudia Roth** (BKM) geht erneut auf das Thema Sicherheitskonzepte ein. Ihr Haus habe nach dem 7. Oktober 2023 nicht nur mit der Berlinale-Leitung, sondern auch mit Leitungen anderer Einrichtungen besprochen, wie die Sicherheit durch Konzepte erhöht werden könne, damit israelische Künstler und Künstlerinnen ohne Probleme auftreten können.

Zu einem Treffen mit über 100 Vertretern und Vertreterinnen sowie Leitern und Leiterinnen der von ihrem Haus geförderten Einrichtungen am vorangegangenen Dienstag sei ein hoher Beamter der Berliner Polizei eingeladen gewesen. Er habe Tipps und Auskunft darüber gegeben, was die Polizei wissen müsse, um gegebenenfalls rechtzeitig einschreiten zu können. Awareness-Teams seien im Einsatz und Eskalationsstufen würden definiert. Bei der Berlinale habe es Benachrichtigungsketten mit dem Sicherheitsbeauftragten der Berlinale und der Berliner Polizei gegeben sowie Schulungen.

Die Verantwortlichen hätten sich vorgenommen, auch das System der Social Media zu prüfen und zu verbessern. Zu den Vorfällen auf der Berlinale werde staatsanwaltschaftlich ermittelt, um die Verantwortlichen für die Sharepics zu finden. Es sei sehr viel passiert, alle Einrichtungen beschäftigten sich mit dem Thema und tauschten sich aus.

Notwendig sei eine gemeinsame, öffentliche Debatte. Es brauche Räume wie Safe Spaces und den Dialog. Zudem sei Empathie für beide Seiten wichtig, ein Zuhören müsse es auf beiden Seiten geben.

Sonst komme man in eine sehr gefährliche Konfrontation.

Für die Bundesregierung gelte seit Jahren die IHRA-Arbeitsdefinition für Antisemitismus. Doch auch bei dieser Definition werde es unvermeidbare Auslegungsfragen geben. Herr Prof. Christoph Möllers betone, dass die Definition von Antisemitismus wissenschaftlich sei und nicht als rechtssicheres Kriterium herangezogen werden könne. Man stecke mitten in einem Prozess. Es sei nicht einfach, Förderbedingungen zu präzisieren, die rechtssichere Regelungen enthielten. Am Beispiel des Landes Berlin habe man die Schwierigkeiten sehen können. Das Land habe eine Antisemitismusklausel für Kulturförderung auf den Weg gebracht und diese wieder zurücknehmen müssen, da sie nicht verfassungskonform gewesen sei. Das aktuelle Gutachten von Herrn Prof. Möllers liege seit wenigen Tagen vor. Ihr Haus arbeite nun mit den Ländern zusammen, um den Beschluss zur Präzisierung der Förderbedingungen umzusetzen.

Es existierten unterschiedliche Rollen der Beteiligten und Spannungsverhältnisse. Die Staatsministerin weist auf Art. 5 des Grundgesetzes (GG) hin, der die Kunstfreiheit garantiere. Sie verstehe es zwar, wenn gefragt werde: Warum ist bei dem Vorfall niemand aufgestanden und gegangen? Doch die Fragen seien: Wer hat diese Aufgabe? Wer kann tatsächlich intervenieren? Kann das eine Repräsentantin/ein Repräsentant des Staates sein? Die Antworten seien nicht einfach.

Der Art. 5 GG stehe nicht allein, es existiere auch Art. 1 GG als moralischer Imperativ. Die beiden Artikel stünden in einem Spannungsverhältnis. Wie die Achtung der Menschenwürde und die Wahrung der grundgesetzlich geschützten Kunstfreiheit zusammenzubringen seien, daran werde von den Personen und Institutionen in ihren unterschiedlichen Rollen intensiv gearbeitet.

Nun würden die Förderbedingungen präzisiert, damit nicht antisemitische, rassistische oder andere menschenverachtende Ziele mit staatlichen Geldern gefördert würden. Bund, Länder und Kommunen sensibilisierten staatliche Kulturverwaltungen und -einrichtungen etwa durch





Fortbildungen. Dabei gehe es nicht nur um den rechtsextremen Antisemitismus, sondern man müsse in alle Richtungen wachsam sein.

Abg. **Gitta Connemann** (CDU/CSU) merkt an, dass die Staatministerin nicht auf die Frage geantwortet habe, in welcher Situation sie persönlich aufstehen würde.

StM **Claudia Roth** (BKM) antwortet, sie stehe die ganze Zeit auf und arbeite seit über zwei Jahren intensiv an dem diskutierten Thema.

**Mariette Rissenbeek** (Internationale Filmfestspiele, ehemalige Geschäftsführerin) antwortet auf die Frage nach der Ausladung der Abgeordneten der AfD. Diese seien zunächst eingeladen worden, schließlich seien sie gewählte Parlamentarier und Deutschland eine Demokratie. Einige Wochen vor der Berlinale habe es dann ein Treffen gegeben, bei dem Thesen auch in Richtung Remigration entwickelt worden seien. Zahlreiche interne Gespräche hätten ihr bewusst gemacht, dass sich Mitarbeitende bedroht gefühlt hätten. Ihre Gesprächspartner/-innen hätten zudem darauf hingewiesen, dass sich auch Gäste aus dem Ausland betroffen fühlen könnten. Nach vielen Beratungen habe sie am Ende die Entscheidung getroffen.

**Tricia Tuttle** (Internationale Filmfestspiele, Intendantin) betont, dass sie erst seit sieben Tagen im Amt sei. Sie hätte sich noch keine Protokolle und Regeln angeschaut. Sie werde sich anschauen, wie die Praxis der Einladungen aussehe.

Mit Blick auf die Definition von Antisemitismus sagt sie, dass die IHRA-Definition schwierig sei. Das Thema sei komplex. Der israelische Filmemacher Yuval Abraham habe aufgrund von Antisemitismusvorwürfen nach der Abschlussgala Morddrohungen erhalten. Sicherheit gebe es nur, wenn man miteinander rede, man müsse deeskalieren. Es sei möglich, aus Fehlern zu lernen. Jeder müsse bei sich selbst anfangen. Es werde eine Deeskalation gebraucht.

Die **Vorsitzende** dankt den Gästen für ihr Kommen. Sie bedankt sich bei Frau Rissenbeek für ihr jahrelanges Engagement für die Berlinale, in der sie hervorragende Arbeit geleistet habe. Die Abschlussveranstaltung der diesjährigen Berlinale sei nicht alles gewesen. Die Anwesenden hätten Frau Rissenbeek ein anderes Ende ihrer Intendanz gewünscht. Im Anschluss heißt die Vorsitzende Frau Tuttle als neue Intendantin der Berlinale willkommen. Der Ausschuss freue sich auf die Zusammenarbeit.

#### **Tagesordnungspunkt 2**

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU

**zu der Vereinbarten Debatte  
Historische Verantwortung übernehmen - Jüdisches Leben in Deutschland schützen**

**BT-Drucksache 20/9145**

Abgesetzt.

#### **Tagesordnungspunkt 3**

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Verteidigung der Demokratie**

**KOM(2023)630 endg.; Ratsdok.-Nr. 16935/23**

Abgesetzt.

#### **Tagesordnungspunkt 4**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches zur  
Bekämpfung von Antisemitismus, Terror, Hass und Hetze**

**BT-Drucksache 20/9310**



**Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt Ablehnung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 20/9310 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und der Gruppe Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU.**

**Außerhalb der Tagesordnung**

Am Ende der Sitzung verabschiedet die Vorsitzende die langjährige Leiterin des Ausschussesekretariats und dankt ihr für die ausgesprochen gute Leistung und Zusammenarbeit.

Schluss der Sitzung: 16:08 Uhr

Katrin Budde, MdB  
**Vorsitzende**